

## Weltbevölkerungsbericht 1999

Im Rahmen einer von der ÖGF organisierten Pressekonferenz präsentierte BM Bartenstein am 21.9.1999 den Weltbevölkerungsbericht der UNFPA.

In den letzten zwölf Jahren hat die Weltbevölkerung, die am 12. Oktober die Sechs-Milliardengrenze überschreiten wird um eine Milliarde Menschen zugenommen. Derzeit wächst sie um 78 Millionen pro Jahr und knapp die Hälfte der Weltbevölkerung ist unter 25 Jahren, über eine Milliarde sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. Durch Programme gegen die Säuglings- und Müttersterblichkeit, Schwangerenbetreuung, vermehrte Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit, durch Bildungsprogramme und durch die Verbesserung des Status der Frau in der Gesellschaft verlangsamt sich dieses Wachstum in den letzten Jahren.

Österreichs Bevölkerungszahl dürfte die nächsten 25 Jahre stagnieren. Die österreichische Bevölkerungsentwicklung entspricht weitgehend jener der EU-Staaten. Der Bevölkerungsrückgang wird bis 2050 mit 8 bis 11 % schwächer sein als der europäischen Durchschnitt. Laut Weltbevölkerungsbericht wird die gegenwärtige Einwohnerzahl von 8,2 Millionen auch im Jahr 2025 gleich bleiben. Die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern liegt bei 73,7 Jahren, von Frauen bei 80,2 Jahren. Weltweit beträgt die Lebenserwartung von Männern 63,3 Jahre, von Frauen 67,6 Jahren. Säuglings- (4, Promille)- und Müttersterblichkeit (10 Fälle pro Jahr) liegen mit 8 Promille sehr niedrig und entsprechen dem westeuropäischen Durchschnitt. Diese niedrige Rate ist auf das gute heimische Gesundheitssystem und auf den Mutter-Kind-Pass zurückzuführen. Zum Vergleich liegt der weltweite Durchschnitt bei der Säuglingssterblichkeit bei 57 Promille, in einzelnen Regionen Afrikas sogar bei 95 Promille.

Für die Entwicklungsländer ist aber auch HIV/AIDS zu einem schwerwiegenden Problem geworden, so ist in Afrika HIV/AIDS die Todesursache Nummer eins geworden. Die UNFPA schätzt, dass vergangenes Jahr 33,4 Millionen Menschen HIV-positiv waren (Stand Dezember 1998) und 2,5 Millionen Menschen an einer HIV-Erkrankung starben. Die Hälfte aller HIV-/AIDS-Infektionen trifft Menschen jüngerer Alters (zwischen 15 und 24 Jahren).

In Österreich hingegen ging die Zahl der neu infizierten Personen in den letzten drei Jahren zurück. Derzeit gibt es zwischen 8.000 und 14.000 HIV-Infizierte. 1.800 Menschen sind seit 1983 bis 1998 an Immunschwäche erkrankt und 1.200 von ihnen gestorben. Im europäischen Vergleich liegt Österreich mit 1,10 Fällen pro 100.000 Einwohnern im Jahr 1997 deutlich unter dem Mittel der EU von 3,96.

Die Zahl der Todesfälle infolge einer HIV-Erkrankung sank von 163 im Jahr 1993 auf 19 im Jahr 1998. Unter anderem ist diese Zahl auf die Aufklärungskampagnen und die Informationsarbeit zurückzuführen.

Minister Bartenstein sieht in der Trendumkehr beim Wachstum der Weltbevölkerung das 1994 in Kairo verabschiedete Aktionsprogramm bestätigt, das durch die nationalen Regierungen umgesetzt wird und anlässlich der Sondergeneralversammlung im Juli in New-York erneut bestätigt wurde.

Kerstin Trone, stellvertretende Direktorin der UNFPA, rief das wichtigste Ziel der Weltbevölkerungskonferenz im Jahr 1994 - die Stärkung der Position der Frauen - in Erinnerung. Sie forderte die Industrieländer einmal mehr auf ihren finanziellen Zusagen nachzukommen.

Marianne Springer-Kremser, Vorstandsmitglied der ÖGF meinte, daß man Sex nicht verbieten, Verhütung aber sehr wohl lernen kann.

Im Rahmen der Pressekonferenz wurde das „Love-Talk“-Projekt präsentiert, das sich die Verbesserung der Kommunikation im Bereich der Sexualerziehung

zwischen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen durch ModeratorInnen zur Aufgabe gestellt hat. Das BMUJF wird dieses in Österreich erfolgreiche Projekt bei der Adaptierung für Entwicklungsländer unterstützen und Ausbildungskurse für ModeratorInnen fördern.

### **DAC-Watch von IPPF European Network**

Am 16. November 1999 wird sich der DAC (Development Assistance Committee) der OECD treffen, um Österreichs Entwicklungspolitik durch belgische und dänische Vertreter („Peer Review“) prüfen zu lassen. Diese Prüfung fokussiert auf das Management der durchgeführten Programme, der Kohärenz der Politik, Übereinstimmung mit den DAC Zielen und den Trends betreffend Volumen und Allokation der Ressourcen. Die International Planned Parenthood Federation (IPPF) stellt über jedes Land vor dem Review-Prozess einen Schattenbericht zusammen. IPPF kommt zu folgenden Ergebnissen:

Das österreichische Budget für Entwicklungszusammenarbeit (oder Overseas Development Assistance = ODA) wird nach Erwartungen bis zum Jahr 2001 bei 500 Millionen US bleiben. Die Leistungen zur ODA bewegen sich in einem Bereich von 0,24-0,26% des BNP.

Durch die verstärkten Verpflichtungen im Rahmen der EU- Mitgliedschaft, ist die bilaterale Hilfe zurückgegangen. Österreich zählt zu den kleinsten Geberländern mit seiner geleisteten multi- und bilateralen ODA.

Österreich hat nicht versucht, das von den Vereinten Nationen festgelegte Ziel von 0,7% des BNP für die ODA zu erreichen, und auch keine 4% der ODA für sexuelle und reproduktive Gesundheit bereitgestellt.

### ***Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte***

Österreich hat Gesundheit als eine seiner Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit aufgegeben. Es hat keinen Schwerpunkt im Bereich der reproduktiven und sexuellen Gesundheit. Es verbindet auch nicht die Stärkung der Position der Frauen (eine der ausdrücklich genannten österreichischen Prioritäten) und der Ausübung der Rechte zu sexueller und reproduktiver Gesundheit.

1996 wurde die österreichische Hilfe zu Bevölkerungsmaßnahmen auf 0,15% der gesamten ODA geschätzt. Auch unterstützt Österreich keine internationalen NGOs, die in den Bereichen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte und Bevölkerung tätig sind.

Österreich sollte:

- Sein ODA vergrößern, um dem UN-Ziel von 0,7% durch Interim-Ziele näher zu kommen;
- Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu einer Priorität der österreichischen Entwicklungspolitik zu machen;
- Die Finanzierung von multilateralen Organisationen und internationalen NGOs in dem Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit erweitern;
- Eine direkte Verbindung zwischen der aktiven Einbeziehung von Frauen im Entwicklungsprozess und deren Rechten zu sexueller und reproduktiver Gesundheit herstellen;

- Die Bevölkerung im bezug auf die österreichischen Entwicklungspolitik sensibilisieren
- Die Expertise seiner BeamtInnen im Bereich der reproduktiven Gesundheit zu vergrößern

### **Die Kampagne "Face to Face"**

Die Kampagne "Face to Face" wurde initiiert, um auf die Situation von Millionen Frauen aufmerksam zu machen, die keinen Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten, einschließlich Familienplanung, haben. Die Anzahl der eigenen Kinder und den Abstand zwischen den Geburten frei und selbstverantwortlich zu bestimmen, ist ein für uns selbstverständliches, fundamentales Menschenrecht, das vielen Menschen verwehrt bleibt. "Face to Face" will das Bewusstsein dafür stärken, dass Frauenrechte Menschenrechte sind und Unterstützung für Projekte gewinnen, die es jedem Menschen ermöglichen, seine reproduktiven Rechte tatsächlich wahrnehmen zu können.

Um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und zur Hilfe zu motivieren, wird im Rahmen der Kampagne "Face to Face" ein Fernsehfilm produziert, der das Leben von gefährdeten Frauen und ihren Familien darstellt. Außerdem engagieren sich mittlerweile international bekannte Persönlichkeiten wie z.B. Geri Halliwell, ehemaliges Mitglied der Spice-Girls, oder Linda Gray für diese Kampagne. Finanziell gefördert wird "Face to Face" vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und der International Planned Parenthood Federation (IPPF). UNFPA, die größte internationale Geberorganisation für Bevölkerungsprogramme, fördert in über 160 Ländern Projekte zur Verbesserung der reproduktiven Gesundheit und erhebt bevölkerungspolitisch relevante Daten. IPPF ist ein Zusammenschluss von nationalen, freiwilligen und selbständigen Familienplanungsorganisationen in mehr als 150 Ländern. Seine Mitglieder fördern und implementieren Familienplanungsdienste, Jugend- und Sexualberatung und andere Dienstleistungen zur Verbesserung der reproduktiven Gesundheitssituation.

Die Kampagne "Face to Face" wird in Europa von 19 nationalen Organisationen, unter anderem der ÖGF, unterstützt. Jeder dieser nationalen Partner engagiert sich mit seiner Arbeit für die Verbesserung der reproduktiven Gesundheit und Familienplanung für Millionen von Frauen und Jugendlichen auf der Welt.

### **Glossar**

DAC (Development Assistance Committee- Entwicklungshilfeausschuß der OECD  
 Im DAC arbeiten die Industrieländer zusammen um die Effektivität ihrer Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung der Dritten Welt zu koordinieren. Mit dem im Jahr 1996 beschlossenen Bericht „Shaping the 21<sup>st</sup> Century: Contribution of Development Co-operation“ wurde eine Vision über die globale Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung statuiert. Für die nächsten zwanzig Jahre wurden Ziele fixiert, die Verpflichtungen der Geberländer hinsichtlich zur Verfügung gestellter Ressourcen erneuert und verbesserte Koordination der Politik der Mitgliedsländer und konsistente Politik zugesichert. Die Leistungen der Mitgliedsstaaten. Österreich und auch die anderen Mitgliedsländer wie Australien, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, die Schweiz, die USA und die Europäische Kommission (EU) werden durch Vertreter zweier

Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Umsetzung ihrer Entwicklungspolitik im Dreijahres-Intervall überprüft.

## **Telegramm**

### Geld für Schwangerschaft

Die römisch katholische schottische Kirche bietet einer schwangeren 12-jährigen Geld an, um eine Schwangerschaftsunterbrechung zu verhindern. Die arbeitslosen Eltern, die in England wohnen, sagten, dass sie finanzielle Hilfe brauchen. Die Familie bekommt Kinderkleidung, ein Bett und andere Utensilien. Das Mädchen wird auch nach der Geburt finanzielle Hilfe erhalten. Auf diese Art werden bereits 200 Kinder unterstützt. Jane Roe von der Abtreibungsgesetz-Reformbewegung sagte, dass diese Mädchen ihre Kindheit verlieren und der katholischen Kirche ihre religiösen Prinzipien wichtiger sind als das Wohlergehen der betroffenen Mädchen.

### Gewalt in Südafrika

Fernsehprogramme in Südafrika sprechen öffentlich über das Thema Vergewaltigung. Es wird angenommen, dass alle 20 Sekunden eine Frau vergewaltigt wird. Nach Einschätzungen von Krisenzentren werden 900.000 Frauen, davon 600.000 Kinder vergewaltigt, die es aber nicht melden. 17.000 werden umgebracht. Die Werbeschaltungen bewirkten eine Zunahme der Anrufe in Krisenzentren. Viel Männer hatten angerufen und erzählt, dass sie in ähnlichen Situationen waren, die einer Vergewaltigung gleichkommen, sie jedoch diese Situation nicht als solche realisiert hatten.

### Weibliche Beschneidungen in Tansania

Mehr als 1,5 Millionen Frauen in Tansania wurden in ihrer Jugend an ihren Geschlechtsorganen verstümmelt. Selbst wenn Frauen in ihrer Jugend dieser Praxis entkommen sind, wird diese oft bei der Geburt gegen den Willen der Frauen nachgeholt.

### Legalisierung der Abtreibung in der Dominikanischen Republik?

*La Colectiva Mujer y Salud*, eine dominikanische Frauengesundheitsorganisation, verlangt die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Mit 82.000 Abtreibungen pro Jahr hat die Dominikanische Republik die höchste Abtreibungsrate in Lateinamerika. Die meisten Abtreibung passieren unter unsicheren, unhygienischen Bedingungen und der Schwangerschaftsabbruch ist die dritthäufigste Todesursache bei Frauen. Die Gruppe *La Colectiva Mujer y Salud*, meint, dass die Legalisierung der Abtreibung die Zahl der Todesfälle der Mütter reduziert. Am Beispiel von Kuba ist das deutlich erkennbar: die Todesrate liegt dort bei 1 Prozent.

### Schuldenerlass für die ärmsten Länder

Der von der Weltbank beschlossene Schuldenerlass für die 30 ärmsten Länder der Welt in der Höhe von 70 Mrd US Dollar (915 Mrd. S) darf die aktive Entwicklungshilfe dieser Länder nicht ersetzen. Diese würde seit Jahren abnehmen, zur Armutsbekämpfung reiche ein bloßer Schuldenerlass nicht aus. Dies bekräftigten auch Mitglieder der AGEZ (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit) bei einem Aktionstag und fanden Unterstützung von Hans Helmut Moser (LIF), Madeleine Petrovic (Die Grünen) und Alfred Gusenbauer (SPÖ). Gusenbauer hält eine Aufstockung für notwendig, die Höhe von =;7% des

BIP aber unrealistisch. Für ihn steht ein neues entwicklungspolitisches Gesetz im Fordergrund und die politische Verankerung von NGOs.

#### Sechs Milliarden Menschen

Am 21. September fand im RadioKulturhaus fand das Symposium "Sechs Milliarden Menschen - und was geht das uns an?" der Österreichischen Stiftung für Weltbevölkerung und Internationale Zusammenarbeit (SWI) statt.

Referentinnen waren Kerstin Trone (Deputy Executive Director UNFPA, New York), Prof. Dr. Klaus Leisinger (Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung, Basel), Dr. Indira Kapoor (Regional Director South Asia, IPPF, London) und Dr. Reiner Klingholz. (Geschäftsführer GEO WISSEN, Hamburg). Im Anschluß an die Referate fand eine Podiumsdiskussion mit Botschafter Hofrat Dr. Georg Lennkh (Leiter der Abt. VII, Entwicklungszusammenarbeit (EZA) im Außenministerium), Univ.-Prof. Dr. Marianne Springer-Kremser (Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung, ÖGF), Univ.-Prof. Dr. Rainer Münz (Vorstand der Österreichischen Stiftung für Weltbevölkerung statt.

#### Termine

Am 21. bis 23. Oktober 1999 findet in Bukarest eine Interparlamentarische Konferenz in Bezug auf demographische und nachhaltige Entwicklung statt. Organisiert wird diese Veranstaltung vom Ausschuss des Europarates, der sich mit den Themen Flüchtlinge, Migration und Demographie beschäftigt.

28 Februar bis 17 März 2000

vierundvierzigste Session der UN Kommission des Status der Frauen und PrepCom für Peking+5

3. bis 4. Juni 2000

NGO- Komitee des Status der Frauen, New York

5. bis 9. Juni 2000

UN General Assembly Special Session

#### Kontakte für Peking+5

<http://www.ippf.org/cairo/issues/9908/beijing.htm>

Bundesministerium für Frauenangelegenheiten

Ballhausplatz 1

A-1010 Wien

Tel.: 53115 -2228 oder 2204

Austrian National Committee for Unifem

c/o Gentzgasse 14/1/2/7

A-1180 Wien

Tel.: +43-1-263 72 91-20

The UN Division for the Advancement of Women

2 United Nations Plaza, 12th Floor New York, NY 10017

Tel: 212 963 3104 Fax: 212 963 3463

Email: [Daw@un.org](mailto:Daw@un.org)

[www.un.org/womenwatch/daw](http://www.un.org/womenwatch/daw)

NGO Co-ordinating Committee for Beijing+ 5  
c/ o Conference of NGOs (CONGO)  
Sixth Floor, 777 UN Plaza NY, NY 10017  
Tel: +212 692 0725  
Fax: +212 692 0724  
Email: [congongo@aol.com](mailto:congongo@aol.com)  
Sudha Acharya - Beijing+ 5 Focal point

NGO Co-ordinating Committee for Beijing+ 5  
c/ o Conference of NGOs (CONGO)  
Sixth Floor, 777 UN Plaza NY, NY 10017  
Tel: +212 692 0725  
Fax: +212 692 0724  
Email: [congongo@aol.com](mailto:congongo@aol.com)  
Sudha Acharya - Beijing+ 5 Focal point

International Research & Training Institute for the Advancement of Women  
(INSTRAW) Tel: +1 809 685 2111  
Fax: +1 809 685 2117  
Email: [instraw.hq.ad@codetel.net.do](mailto:instraw.hq.ad@codetel.net.do)  
[www.un.org/instraw](http://www.un.org/instraw)

NGO Committee on the Status of Women  
Tel: +1 212 692 0725  
Fax: +1 212 692 0724

Kontakte 6 Milliarden Menschen

Homepage PAI (Population Action International)  
<http://www.dayof6billion.org>

„6-Billions“-Postkarten und Infoblätter können bei der ÖGF bestellt werden.

Homepage UNFPA  
<http://www.unfpa.org>

Homepage der Face to face Kampagne  
<http://www.facecampaign.org/>  
<http://www.facecampaign.org/tmpls/languages/osterreich.html>

Homepage der OECD  
<http://www.oecd/dac>

Materialien, die bestellt werden können:

Weltbevölkerungsbericht 1999  
Schattenbericht der IPPF zur DAC-Review Österreichs  
Dokumentation der Veranstaltung „Cairo+5 und das Empowerment der Frauen“  
Bevölkerung und Entwicklung - nationale und internationale Dokumente (gegen  
einen Unkostenbeitrag von öS 100,--)  
Bevölkerung und Entwicklung - Zusagen und Forderungen (gegen einen  
Unkostenbeitrag von öS 100,--)